

Studentenvertreterkonferenz 21.– 22. März 1986

Die Hochschülerschaft an der TU Graz ist traditionellerweise Initiatorin bundesweiter Treffen von Studentenvertreter/innen aller ÖH-Ebenen. Nach 2 Sozialkonferenzen ging es nun im März darum, alle aktuellen Probleme der Studentenvertreter/innen zu besprechen, insbesondere aber die weitere Vorgangsweise mit dem AUSTG, welches ja zu diesem Zeitpunkt den Ministerrat passiert hatte und der parlamentarischen Hochschulkommission vorlag. (Mittlerweise ist es gesichert, daß das AUSTG in dieser Regierungsperiode nicht mehr beschlossen wird.)

Viel Raum sollte dem fakultätsspezifischen Erfahrungsaustausch gewidmet sein, daß das Ministerium immer wieder versucht, einen breiten studentischen Widerstand gegen Studienverschärfungen dadurch zu verhindern, daß die Besonderen Studiengesetze, die dann eben nur eine Fakultät betreffen, verschärft werden — so geschehen bei der Jus-Fakultät und den Medizineren. Am Freitag Nachmittag wurden also fakultätsspezifische Arbeitskreise gebildet; im Technik-Arbeitskreis waren Vertreter/innen fast aller Fakultäten der TU Wien, TU Graz, Montan-Uni Leoben und der Techn. Fakultät der Uni Linz.

Zunächst ging es um eine Bestandsaufnahme der Studiensituation. Obwohl von der Studiengesetzgebung eng miteinander verwandt, gibt es im »Studienklima« große Unterschiede.

Dieses wird ja oft von »Kleinigkeiten« geprägt (Gestalten die Institute die Vorlesungen interessant und praxisnahe? Ist es möglich die Zeichensäle selbstverwaltet zu führen?) aber auch von Personal- und Geräteausstattung: Etablierte Studienrichtungen (z. B. Bauing.) haben es leichter als stark gewachsene (s. z. B. Streik der Informatikstudent/innen in Wien, Herbst 1985).

Alle Arbeitskreisteilnehmer/innen sprachen sich gegen eine »Privatisierung« des Studiums aus, also die Tendenz, gewisse Teile des Studiums aus der Uni herauszuverlagern, die Linzer Kollegen berichteten von zunehmenden Angeboten von (teuren, privaten) Computerkursen und der von Professoren erwogenen Möglichkeit, bei Vorweis der Absolvierung eines solchen Kurses gewisse Prüfungen zu erlassen.

Weiteres Thema war die Studienreformdiskussion. Während man sich in anderen Studienrichtungen schon lange nicht mehr leisten kann über Inhalte und Lehrformen zu reden, sondern das Hauptproblem eine effektivere Durchschleusung der großen Studentenzahlen heißt, ist bei technischen Studienrichtungen eine rege Diskussion im Gange. (Einbeziehung fachübergreifender Inhalte, Ökologie, Sozialwissenschaften etc.)

Um dieses Thema genauer behandeln zu können, vereinbarten wir ein eigenes Seminar, es fand im Juni 1986 in Kapfenberg statt und brachte die Forderung nach einem Institut für fachübergreifende Lehre und Forschung. Auch die anderen Fakultätsarbeitskreise beton-

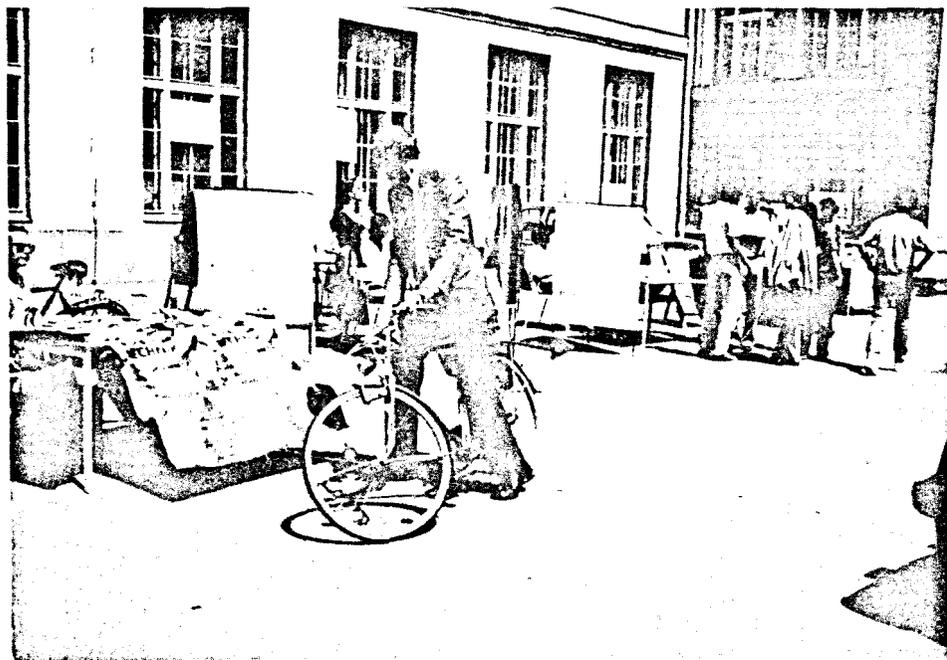
ten die Notwendigkeit öfters einen Erfahrungsaustausch zu betreiben. Am Abend bestand die Möglichkeit zur Diskussion über »Zukunft der Universität — Zukunft der Arbeit« mit Min. Rat Dr. Höllinger (Wissenschaftsministerium), Dr. Franz Ofner (Uni Klagenfurt) und Dr. Herbert Buchinger (AK Linz). Anschließend veranstaltete die Basisgruppe Anglistik ein Fest.

Der Samstag Vormittag stand im Zeichen verschiedener, für die Studentenbewegung relevanter Themenkreise: Im Arbeitskreis »Frauen« wurden folgende Bereiche diskutiert und als Forderungsprogramm dazu erarbeitet:

- a) Inhalte der Forschung und Lehre:
- regelmäßige und anrechenbare Lehrveranstaltungen zur Frauenforschung
 - überproportionale Förderung (Stipendien, Forschungsgelder) von Dissertationen, Habilitationen, Forschungsprojekten zu frauenspezifischen Inhalten

Frauen und auf sexistische Sprache hin durch eine Kommission, die mit Wissenschaftlerinnen des jeweiligen Fachgebietes und mindestens einer Linguistin besetzt wird.

- finanziell abgesicherte Erweiterung und Fortführung der Dokumentation von Frauenforschung; Archivierung; Bibliotheken.
- Förderung von interdisziplinären Frauenstudien und -forschungen
- Förderung von außeruniversitärer Öffentlichkeitsarbeit: Schule, Medien, Ausstellungen, Veröffentlichungen...
- Einrichtung von Interessensvertretungen von Frauenforscherinnen in außeruniversitären Bereichen (z. B. Lehrbuchkommission, Lehrplannerstellung, Verlage...)
- Einführung eines Unterrichtsprinzips »Erziehung zur Gleichberechtigung der Geschlechter« in allen Schulen
- Adäquate Ausbildung von Lehramtsstudien-



Radfahrender Neorektor Prof. Habertellner informiert sich an den Informationsständen der ÖH-Technik anlässlich des Aktions- und Informationstages

- Überprüfung aller an Unis empfohlenen Lehrbücher auf sexistische und diskriminierende Behandlung bzw. Darstellung von

- tinnen und -studenten für das oben genannte einzuführende Fach
- Förderung von Publikationen mit frauen-

spezifischen Themen

b) Stellenpolitik:

- bei gleicher Qualifikation: Vorrang für Frauen
- die Stellenausschreibungen mit dem Zusatz versehen: »Die Universität ist bestrebt, Wissenschaftlerinnen besonders zu fördern und den Anteil von Frauen am wissenschaftlichen Personal anzuheben«.
- Besetzung der Berufungs-/Personalkommissionen mit mindestens einer Frau pro Kurie; bei der Vorauswahl für Vorstellung und Reihung besondere Aufmerksamkeit darauf, daß Frauen vertreten sind und diese auch die Chance der persönlichen Vorstellung erhalten
- bei jeder Stellenbesetzung Mitteilungspflicht der Kommission ans Ministerium, ob Frauen in der Berufungs- und Auswahlkommission beteiligt waren und wieviele Bewerberinnen vorstellig wurden. Kommt keine Frau im Dreivorschlag vor, muß eine ausführliche Begründung der Kommission und der drei Kurien ans Ministerium ergehen
- jährliche Berichtspflicht der Institute über:
 - a) Entwicklung des Anteils der Studentinnen;
 - b) Entwicklung des Anteils an Frauen im wissenschaftliche Personal;
 - c) Unternehmene Bemühungen zur Erhöhung des Frauenanteils.

In unserer Gesellschaft gibt es immer noch eine starke geschlechtsspezifische Rollenzuweisung, die zumeist zu Lasten der Frauen geht. In wirtschaftlichen Krisenzeiten werden sie leichter aus dem Arbeitsprozeß gedrängt (hier ergibt sich auch die Forderung nach der 35-Stunden-Woche) und auch im Studienbereich haben sie besonders unter dem Konkurrenzdruck und den immer in verschiedenen Versionen wiederkehrenden Märchen von der niedrigeren wissenschaftlichen Begabung der Frauen zu leiden.

Wichtigste Themen im Sozialarbeitskreis waren die Gemeindegebietsverordnung, die Probleme studierender Mütter und Väter, Probleme ausländischer Kollegen, die Mensen und das Studienförderungsgesetz, v. a. das neue Leistungsstipendium. Ein umfangreicher Mängel- und Forderungskatalog wurde angelegt.

Der Arbeitskreis Technologie- und Fortschrittspolitik (mit besonderem Blickpunkt auf die SDI- und Eureka-Programme) wurde festgestellt, daß die Verbindung zwischen wissenschaftlicher Forschung und militärischer Forschung stärker denn je geworden ist. Damit ist

auch die Bedeutung der technischen Intelligenz sowohl für die Friedensbewegung als auch für den militärisch-industriellen Komplex gestiegen.

Als Möglichkeiten, die Forschung an den Unis zu beeinflussen, wurden genannt:

- Offenlegung von Geldern von 3. Seite
- Keine geheime Forschung

An der Uni müßten verstärkt Fragen der Rüstungskonversion und Friedensforschung betrieben werden. Für den Appell »Unis gegen Weltraumrüstung«, der vom ZA unterstützt wird, sollen Unterschriften gesammelt werden.

Zentrale Bedeutung kam dem Arbeitskreis Studienverschärfungen zu, hier sollte die Strategie der Studentenschaft gegen Studienverschärfungen (insbesondere das AUSTG) festgelegt werden. Es kam zu einer sehr heftigen Diskussion, der letztlich 2 divergierende Standpunkte zu Grunde lagen.

Ein stark aktionsorientierter Ansatz betonte die Möglichkeit das Bundesministerium durch sehr öffentliches Vorgehen (z. B. Demonstration, Streik, etc.) zu beeindrucken. Der andere Ansatz sah unter den Studierenden hiezu nicht genügend Bereitschaft (es sei denn, in kleineren Bereichen: z. B. Informatik Wien), es müsse zuerst unter den Studierenden eine Diskussion über Studienverschärfungen, deren Hintergründe und Verbindung angeregt werden.

Darüber hinaus verschlechtert sich die soziale Lage der Studierenden zusehends; die Akademikarbeitslosigkeit steigt im beängstigenden Ausmaß. All das wirkt sich auf Studentinnen, infolge der diskriminierten Stellung der Frau in unserer Gesellschaft, in Wissenschaft und Forschung, noch härter aus.

Vor diesem Hintergrund wird das Schlagwort vom offenen Universitätszugang zur Farce. Diesen Entwicklungen kann nicht tatenlos zugeesehen werden.

Daher beschlossen die Anwesenden bei der gesamtösterreichischen Studentenvertreterkonferenz nach einer breit angelegten Informationsphase im April und Mai, am 27. Mai 1986 einen bundesweiten Aktions- und Protesttag durchzuführen. Darüberhinaus sind die Teilnehmer/innen der Studentenvertreterkonferenz der Auffassung, daß angesichts der genannten Zustände eine verstärkte Koordinierung der einzelnen Fachbereiche, sowie regelmäßige Studentenvertretertreffen notwendig sind. Vom Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft fordern wir daher die Bereitstellung der materiellen und strukturellen Grundlagen für die Durchführung dieser Aktivitäten.

Man einigte sich darauf, den 27. Mai als einen bundesweiten Informations- und Aktionstag gegen Studienverschärfungen, bei dem dezentrale Aktionen von Studienrichtungsvertretern (Basisgruppen und Fachschaften) viel Platz haben sollten, dem Plenum (allen Anwesenden) vorzuschlagen.

Im Plenum wurde weiters folgende Resolution einstimmig verabschiedet:

Resolution der gesamtösterreichischen Studentenvertreterkonferenz

Die Studienbedingungen verschlechtern sich zusehends. Die ungenügende Ausweitung des Wissenschaftsbudgets, die prekäre Raumsituation an vielen Instituten, die Studien- und Prüfungsverschärfungen, die Möglichkeit der Ausgliederung von Studiengängen — dies alles führt zu einer sozialen Auslese.

Die Ausrichtung der Studiengänge an den Interessen der Wirtschaft bedeutet einen realen Finanzierungsstopp; innerhalb der Universitäten werden allerdings einige Studienrichtungen auf Kosten von anderen ausgebaut, es wird von den nicht profitablen zu den profitablen umgeschichtet.

Alle von der derzeitigen Bundesregierung vorbereiteten Studiengesetze, das AUSTG, das GNSiG, die SOWI Reform, die Medizinerverschärfungen stehen im Zusammenhang mit der fortschreitenden finanziellen Austrocknung der Universitäten, mit der verstärkten Durchsetzung des Konkurrenzprinzips. Damit verbunden ist eine soziale Selektion, d. h. eine Ausbildungssituation, die auf Perspektive nur den sozial privilegierten Studierenden eine einigermaßen qualifizierte Ausbildung ermöglichen wird. Für den Großteil der Student/inn/en sollen lange Wartezeiten auf Praktika, verstärkte Aufwendungen für Bücher und Exkursionen, immense Prüfungsverschärfungen Studienalltag werden; zum Teil sind sie es schon (KHStG).

Die Studentenvertreterkonferenz fordert einen Ausbau der Hochschule anstelle des Ankaufs von Abfangjägern. Wir lehnen alle Bestrebungen des Zugangs von ausländischen Kolleg/inn/en an Österr. Universitäten ab.

Anläßlich des von der UNO proklamierten internationalen Jahres des Friedens fordern wir das BMWF auf, konkrete Projekte & Lehraufträge im Bereich der Friedensforschung und Friedenserziehung zu initiieren.

Sollten sich die Zustände an den Universitäten nicht entscheidend verbessern, kündigen wir bereits jetzt schärfere Protestaktionen für das kommende Wintersemester an. ■

85/86

ÖH-Technik